Die Transvaalkrisis.

Von Heinrich Cunow.

II.

Gewiß möchte ein Theil des in den Minendistrikten entstandenen englischen Mittelstandes, Händler, Handwerker, Angestellte, englische Institutionen in Transvaal eingeführt sehen, und ebenso sicher ist, daß unter englischer Verwaltung das Land schneller zu einer modernen Entwicklung, zu wirthschaftlichen Fortschritten gelangen wird, als unter dem jetzigen Burenregiment; aber für die Minenbesitzer und Mineninteressenten handelt es sich nicht um demokratische Institutionen, sondern um möglichst weite Ausbeutungsfreiheit. Für sie sind die englischen Rechtsforderungen, die sie erheben, theils nur Mittel zu diesem Ziele, theils Konzessionen an die größere Masse der Uitlanders, um diese für ihre Zwecke einzuspannen. Englische Blätter lieben es, zur Begründung ihrer Angriffe auf die Transvaalverwaltung auf den in liberalen englischen Handels- und Industriekreisen herrschenden Geist hinzuweisen; aber sind die Elemente, die wir in Indien, in Natal, in Rhodesia ihre kapitalistischen Interessen verfechten sehen, denn von gleicher Qualität? Die Geschichte der Wirthschaft englischer Kapitalisten in Indien, die famosen Zustände Rhodesias geben darauf die Antwort. Charakteristisch ist, daß vor der 1897 eingesetzten Regierungskommission Transvaals zur Untersuchung der Beschwerden der Minenbesitzer von diesen nur eine Forderung gestellt wurde, die als im allgemeinen Interesse liegend bezeichnet werden kann: die Aufhebung der Lebensmittelzölle; die übrigen hauptsächlichsten Forderungen waren: Herabsetzung der Eisenbahntarife, Aufhebung des Dynamitmonopols, Verstärkung der Polizei, Verschärfung der Strafen für Uebertretung der Gesetze gegen Trunkenheit und Golddiebstahl, Erleichterung der Einfuhr fremder Kaffern-Arbeiter (zur Beschäftigung in den Minen und Herabdrückung der Lohnsätze) u. s. w. Gewiß sehr freiheitliche Forderungen!

Diese Thatsache erklärt es auch, warum ein Theil der ärmeren englischen Uitlanders die Betheiligung an der politischen Bewegung ihrer Landsleute ablehnt, warum die deutschen, belgischen und holländischen Ausländer für die Buren Partei ergreifen, obgleich doch die von den englischen Ausländern erstrebten Rechte auch ihnen größtentheils zu Gute kommen würden. Und ebenso erklärt sich's daraus, weshalb die in den Minendistrikten vorhandenen Sozialisten, englische, deutsche und holländische, für die Buren eintreten. Es ist nicht Vorliebe für die hochmüthige Burenherrschaft, auch nicht Haß gegen England; es ist einfach, wie zahlreiche Auslassungen beweisen, die Befürchtung, vom Regen in die Traufe zu kommen. Sie haben die einseitige Interessenwirthschaft der Minenkompagnien und ihres Anhangs vor Augen, sie sehen, wie es die Herren im nahen Kimberleydistrikt treiben, und sie kalkuliren, daß, im Falle Transvaal unter englischer Oberverwaltung geräth, auch bei ihnen zunächst diese Klique ans Ruder gelangt.

Wenn man von der Zuspitzung der Gegensätze zwischen Engländern und Buren in Südafrika spricht, darf man nicht den Antheil vergessen, den dazu in redlichem Bemühen die Britische Süd-Afrika-Kompagnie beigetragen hat. Bekanntlich arbeitet diese höchst ehrenwerthe Gesellschaft, die sich durch ihre Führung des Matabele-Feldzugs einen so traurigen Ruf erworben hat, seit ihrer Gründung mit Unterbilanz. Sind auch ihre Einkünfte aus der Hüttensteuer, den Landverkäufen, Zöllen, aus dem Post- und Telegraphenregal, den Lizenzgebühren u. s. w. in Anbetracht der Landesverhältnisse nicht gerade gering zu

nennen, so decken sie doch lange nicht die Ausgaben, denn das billige Wirthschaften versteht die Leitung der Gesellschaft noch weniger, als die Transvaalregierung. Früher vermochte man Genaueres darüber nicht zu erfahren, seit Rhodesia jedoch in Folge Aenderung der Charter unter Oberaufsicht der englischen Krone gekommen ist, hat diese sich angelegen sein lassen, bessere Ordnung in die Abrechnungen zu bringen. Im vorigen Monat ist über die Finanzverhältnisse ein Blaubuch erschienen, das zugleich die Voranschläge für das am 31. März 1900 endende gegenwärtige Rechnungsjahr mit enthält. Darnach wird an diesem Termin das Defizit mit Hinzurechnung der Kosten für den Matabele-Feldzug und der nachträglichen Verluste bei Landverkäufen beinahe 5 700 000 Pfund Sterling, also etwa 116 Millionen Mark, betragen.

Man wird begreifen, daß unter diesen Umständen der Britischen Südafrika-Gesellschaft nichts erwünschter sein konnte, als eine Angliederung der Minendistrikte Transvaals an ihre Besitzungen, und sie deshalb die englischen Agitationen gegen die Burenregierung nach Kräften schürte, besonders im Johannisburger Distrikt. Als sie dann gegen Ende 1895 die Erregung genügend vorgeschritten wähnte, um mit einiger Aussicht auf Erfolg einen Gewaltstreich wagen zu können, folgte, von Cecil Rhodes inszenirt, der bekannte Jamesonsche Freibeuterzug ins Burenland. Doch die Buren waren gewarnt, und so fand bereits bei Krügersdorp der mitten im Frieden unternommene feindliche Einfall ein unrühmliches Ende.

Die Folgen dieses Unternehmens für das Verhältniß Englands zu Transvaal sind bekannt, ebenso, daß die englische Regierung sich in zärtlicher Fürsorge der Anstifter und Leiter des Einfalls annahm; weniger aber ist der Einfluß beachtet worden, den dieses Ereigniß auf die Stärkung des holländischen Elements in Südafrika gehabt hat. Nicht nur hob der tragikomische Ausgang der Eroberungsfahrt das Selbstbewußtsein der Transvaal-Buren, nicht nur veranlaßte er die nichtenglischen Ausländer zu engerem Anschluß an das holländische Element, sondern auch im Oranje-Freistaat, in Natal und der Kapkolonie erweckte er überall bei der Bevölkerung holländischer Abstammung den Widerspruch gegen die englische Interessenpolitik und das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Es ist noch eine große Frage, ob ohne den Jamesonschen Freibeuterzug der Oranje-Freistaat heute mit der Transvaal-Republik marschiren würde. Höchst wahrscheinlich würde in diesem Falle dort jetzt das „englandfreundliche“ Volksraadmitglied für Bloemfontein, Fraser, Präsident sein; aber die Hinterlist der Britischen Süd-Afrika-Kompagnie hat der extremen Burenpartei mit ihrem Führer Stejn (dem jetzigen Präsidenten) ein starkes Uebergewicht verschafft. Ein Gleiches gilt für die Kapkolonie. Als dort 1872 das sogenannte „responsible government“ eingeführt wurde, wählten zunächst die Landdistrikte, in denen die Buren die Mehrheit hatten, im englischen Sinne, meist englische Advokaten, Kaufleute, Industrielle aus der Kapstadt und den anderen größeren Ortschaften der Kolonie. Durch die glücklichen Kämpfe der stammverwandten Buren Transvaals gegen die englischen Annexionsversuche in 1880/81 wurde jedoch das Nationalbewußtsein der Kap-Buren geweckt und spitzte sich zu scharfem Gegensatz gegen die städtische englische Bevölkerung zu. Die Landdistrikte sandten mehr und mehr Buren ins Repräsentantenhaus der Kapkolonie und diese wußten dort, da sie zum Theile der englischen Sprache nicht mächtig waren, die Gleichberechtigung ihrer Mundart mit der englischen Sprache durchzusetzen. Durch den Jamesonschen Zug ist dieser Gegensatz zwischen den „Afrikandern“ und dem englischen Bevölkerungselement noch mehr verstärkt worden. Jetzt haben die Afrikander im Unterhaus eine

geschlossene Mehrheit, zum Theile durch Schuld der englischen Partei selbst, die, um sich gegen das Vordringen der Buren zu sichern, eine Vermehrung der Parlamentssitze durchdrückte. Anstatt aber daß sie den erhofften Erfolg erzielte, erfuhr das nationale Afrikanderthum eine Verstärkung, da die Mehrzahl der Ergänzungswahlen günstig für die Buren ausfielen. Und wahrscheinlich wird das Afrikanderelement bei den nächsten Wahlen noch größere Erfolge erzielen, da es seine jetzige Herrschaft unter dem „holländischen" Ministerium Schreiner dazu benutzt hat, eine Neuregistrirung der Wahlberechtigten durchzusetzen und zugleich Gesetze zur Verhinderung von Wahlumtrieben und -Bestechungen einzubringen, durch die den auf englischer Seite vorgekommenen Wahlunregelmäßigkeiten vorgebeugt werden soll. Voraussichtlich wird bei den nächsten Wahlen das Afrikanderthum noch eine weit größere Majorität erlangen, ja es gilt als leicht möglich, daß es selbst im Oberhaus, in dem heute noch die englische Partei die Führung hat, die Oberhand gewinnt. So hatten die Uebergriffe der Britischen Süd-Afrika-Kompagnie statt Stärkung nur eine weitere Schwächung des englischen Einflusses zur Folge.

Hätte die Transvaalregierung aus dem Vorfall die richtige Lehre gezogen, so würde sie sich selbst gesagt haben, daß sich bei der stetigen Zunahme der fremden städtischen Elemente eine Regierung des Landes nach einseitig agrarischen Grundsätzen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt und den Ausländern das Bürgerwerden erleichtert, sowie ihnen eine beschränkte lokale Selbstverwaltung zugestanden haben; aber wann hätte eine herrschende Schicht sich freiwillig wichtiger Privilegien entäußert? So sind denn auch die Reformen, von denen gesprochen wurde, nicht zur Ausführung gelangt; selbst zur Aufhebung des Dynamitmonopols vermochte sich die Burenregierung nicht zu verstehen. Der erste Volksraad hat vielmehr das Abkommen mit der Dynamitgesellschaft bis zum Jahre 1908 verlängert, allerdings unter der Bedingung, daß die Gesellschaft den Preis des Dynamits um 10 Schilling pro Kiste herabsetzt. Dafür verzichtet die Regierung auf ihren bisherigen Gewinnantheil von 20 Prozent und verlangt nur eine Abgabe von $7^1/_2$ Schilling pro Kiste: eine Abgabe, die ihr immerhin noch eine jährliche Einnahme von mindestens 4 Millionen Mark sichert. Nur die eine Lehre zogen die Buren aus dem englischen Einfall: sich auf künftige ähnliche englische Maßnahmen vorzubereiten, d. h. ihre Befestigungen zu verstärken, die Milizorganisation zu vereinheitlichen, ihre Artillerie zu vermehren.

Allerdings befindet sich die Transvaalregierung gegenüber den Anforderungen der englischen Uitlanders in einer schwierigen Lage. Erfordert einerseits die wirthschaftliche Entwicklung, die zunehmende Bedeutung der Uitlanders für den Haushalt des Landes gebieterisch eine Gewährung politischer Rechte an die Eingewanderten, so bedeutet andererseits die Einräumung der lokalen Selbstverwaltung an diese eine Auslieferung der Minendistrikte an England. Denn es ist ganz zweifellos, daß der englische Bevölkerungstheil in Kurzem hier völlig die Oberhand gewinnen würde, d. h. ein fluktuirendes Element, das sich selbst nur als vorgeschobenen Posten Englands betrachtet und das zum größeren Theile von vornherein nicht mit der Absicht ins Land kommt, sich dort dauernd niederzulassen, sondern sich so schnell wie möglich ein Vermögen zu erwerben, um es anderswo zu genießen. Fortwährende Differenzen zwischen diesen unter englischem Einfluß stehenden Lokalverwaltungen und der bäuerlichen Landesregierung wären unvermeidlich und würden England jeder Zeit willkommene Anlässe bieten, sich „zum Schutze ihrer Majestät Unterthanen" in die inneren Verwaltungsangelegenheiten Transvaals zu mischen.

Dennoch mußte ein Ausweg gefunden werden, und bei etwas weniger Versteifung der Buren auf ihre „alten" Rechte hätte er sich auch sicherlich gefunden, besonders wenn die Buren verstanden hätten, die vorhandenen nationalen Gegensätze zwischen den deutschen, holländischen, belgischen und den englischen Uitlanders, sowie die Klassengegensätze zwischen den Minenbesitzern und den ärmeren eingewanderten Schichten ihren politischen Interessen dienstbar zu machen. Wie bereits hervorgehoben wurde, nimmt der größere Theil der weißen Arbeiterschaft schon heute gegen die Minenbesitzer Partei; dieses Sichbewußtwerden wirthschaftlicher Gegensätze innerhalb der verschiedenen Schichten hätte die Burenregierung für sich durch Einbringung von Arbeiterschutzgesetzen 2c. ausnützen müssen. Oft genug ist dieser Weg von agrarischen, um ihre alte Herrschaft besorgten Elementen gegenüber dem aufschießenden Industrialismus eingeschlagen worden.

Die Buren thaten weder das Eine, noch das Andere. Die Folge war, daß, sobald die Nachwirkungen des Jamesonschen Koups schwanden, die englischen Agitationen unter den Uitlanders von Neuem einsetzten, und zwar wurde nun speziell die Forderung des Wahlrechts zum ersten und zweiten Volksraad (der zweite Volksraad ist nahezu machtlos) und die Berechtigung der Theilnahme an der Präsidentenwahl in den Vordergrund geschoben. England benutzte aufs Neue die Gelegenheit, sich in die Sache zu mischen, indem es erklärte, daß neben dem Vertrag mit Transvaal vom 27. Februar 1884 noch der ältere Vertrag von 1881 zu Recht besteht, in dem Transvaal Englands Suzeränetät anerkennt. Am 31. Mai dieses Jahres trafen der englische Generalgouverneur Milner und der Präsident der Transvaal-Republik in Bloemfontein zu einer Konferenz zusammen. Die Verhandlungen, in denen Milner den fünften Theil der Sitze des Volksraads für die Ausländer verlangte, scheiterte an der Gegenforderung Krügers, daß England auf seine beanspruchte Suzeränetätsstellung Verzicht leiste. Und nun begann jenes gegenseitige Feilschen, Drohen und Handeln, das uns die letzten Monate gezeigt haben und dessen Gang hier zu verfolgen unmöglich ist. Immer schärfer trat dabei die Thatsache hervor, daß England in dem Wahlrecht seiner Schützlinge selbst nur ein Mittel sieht, seinen Einfluß auf die Transvaalverwaltung mehr und mehr auszudehnen, um, sobald die unvermeidlichen Wirren einer Besitzergreifung günstig sind, mit fester Hand zuzufassen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, daß, nachdem die Transvaalregierung durch die irreführenden Vorspiegelungen des britischen Agenten in Pretoria, Mr. Green, sich am 15. August dazu hatte verleiten lassen, über die Milnerschen Forderungen weit hinausgehende Angebote zu machen, diese Angebote von Seiten Englands höhnisch zurückgewiesen wurden, weil die Transvaalregierung an ihre Vorschläge die Bedingung der stillschweigenden Verzichtleistung Englands auf die von ihm beanspruchten Oberhoheitsrechte geknüpft hatte. Die Burenregierung wollte den Uitlanders nicht nur, wie Milner verlangt hatte, nach siebenjährigem Aufenthalt das Wahlrecht zugestehen, sondern schon nach fünfjährigem Aufenthalt und zwar mit rückwirkender Kraft; ferner sollten die Uitlanders je acht neue Sitze im ersten und zweiten Volksraad und dieselben Rechte, wie die übrige Bevölkerung, in Bezug auf die Präsidentenwahl erhalten. Doch selbst diese Zugeständnisse, die England den weitgehendsten Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Transvaals gesichert hätten, genügten der englischen Regierung nicht. Sie wollte durch Aufrechterhaltung ihrer mehr als zweifelhaften Suzeränetätsstellung sich den Schein des Rechtes wahren, jeder Zeit direkt in die inneren Verhältnisse des Transvaalstaats eingreifen zu können.

Wie der drohende Krieg enden, ob er zur Einverleibung Transvaals in den englischen Kolonialbesitz, ob er zur Garantie der völligen Unabhängigkeit

Transvaals oder gar zur Entstehung einer größeren Buren-Konföderation in Südafrika führen wird: das alles sind Fragen, die sich heute noch nicht halbwegs mit einiger Wahrscheinlichkeit beantworten lassen. Sicherlich hat England die weitaus größere Macht; aber es ist zweifelhaft, ob allein dieser Faktor entscheidet. Es besteht in England unter den aufgeklärten Arbeitern, den Liberalen und besonders in Gelehrtenkreisen eine entschiedene Gegenströmung gegen die Kriegslust der großen Menge, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß diese Strömung, sobald erst die Metzeleien beginnen und mehr und mehr Opfer erfordern, an Umfang gewinnt, so daß sich die englische Regierung gezwungen sieht, auf sie Rücksicht zu nehmen. Auch der Kampf gegen Transvaal 1880/81 ist keineswegs nur durch das Waffenglück der Buren zu ihren Gunsten entschieden worden, als gewichtiger Faktor spielte beim Friedensschluß die öffentliche Meinung Englands mit. Dazu kommt noch ein Zweites in Betracht: die Haltung Rußlands gegenüber England in China und Persien. Es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß hier England Schwierigkeiten entstehen, die es ihm sehr rathsam erscheinen lassen können, den Krieg gegen die Buren schnell zu beenden.

Nikolaj-on über die russische Volkswirthschaft.

Von J. Karski.

Ende der siebziger Jahre schrieb Karl Marx in einem polemischen Artikel gegen Michajlowskij, auf Grund seiner Studien über die russischen Zustände sei er zu folgendem Resultat gekommen: „Wenn Rußland weiter marschirt in der Richtung, welche es seit 1861 eingeschlagen, verliert es die schönste Gelegenheit, welche jemals die Geschichte einem Volke darbot, um den Peripetien des kapitalistischen Regimes zu entgehen." Seither sind zwei Jahrzehnte vergangen und Rußland ist in derselben Richtung mit Riesenschritten weiter marschirt. Gilt also Marx' Wort heute noch, oder hat Rußland die Gelegenheit bereits verpaßt? Viele russische Forscher kommen zu dem Resultat, das Letzte sei richtig; andere bestreiten es. Als Nichtrusse maßen wir uns kein apodiktisches Urtheil an, können aber unsere Ansicht, wonach Rußland bereits mitten drin steht in der kapitalistischen Entwicklung, an dieser Stelle nicht begründen.

Nun ist vor Kurzem ein Buch von Nikolaj-on aus dem Russischen übersetzt worden: „Die Volkswirthschaft in Rußland nach der Bauernemanzipation",[1] von welchem der Uebersetzer behauptet, es sei „das größte und beste Werk, welches mit kritischem Auge und mit objektiv wissenschaftlicher Ruhe das ganze Getriebe des russischen Wirthschaftslebens überschaut und zu gewinnend klarer Darstellung bringt." Der Verfasser, der sich hinter dem Pseudonym Nikolaj-on verbirgt, gehört zu denen, die daran festhalten, Rußland könne noch dem Schicksal eines kapitalistischen Staates entgehen. In seinem Vorwort zur vorliegenden deutschen Uebersetzung behauptet er, das rapide Anwachsen des russischen Kapitalismus in der letzten Zeit sei nur dem forcirten Eisenbahnbau zuzuschreiben, und fragt: „Was für ein Schicksal erwartet diese lärmvolle Fabrikthätigkeit, nachdem die gewaltigen Eisenbahnunternehmungen, welche auf Kosten der Staatskasse, oder besser gesagt, auf Kosten und zu Lasten der Steuerpflichtigen geschehen, vollendet sein werden? Wie fest die Basis ist, auf der diese Thätigkeit ruht, wird die

---

[1] Autorisirte Uebersetzung von Dr. Georg Polonsky. München 1899, Verlag von Hermann Lukaschik. XVI und 544 S.